

# Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/9030

02. 05. 2008

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 28. April 2008

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### 5. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.):

Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Rechtsextremisten in 2007 gezielt versuchten Grundstücke sowie ausgediente Ausrüstungsgegenstände und Waffen der Bundeswehr und Polizei aufzukaufen?

### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 25. April 2008

Erkenntnisse über gezielte Versuche von Rechtsextremisten, Grundstücke zu kaufen, wurden im Jahr 2007 in den nachfolgenden Fällen bekannt:

- In Rauen (Brandenburg) erwarb die Ehefrau des NPD-Präsidiumsmitgliedes Andreas Molau im Mai 2007 im Namen einer schwedischen Firma „Startplatten“ per notariellem Kaufvertrag die Immobilie „Gut Johannesberg“.
- Der Hamburger Rechtsanwalt und Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, Jürgen Rieger, beabsichtigte Anfang September 2007 das „Gut Rödinghausen“ im sauerländischen Menden (Nordrhein-Westfalen) zu kaufen, um dort Tagungen und Seminare, Sonnenwendfeiern und Zeltlager für die Jugend abzuhalten. Um dies zu verhindern, hat die Stadt Menden das Gut gekauft.
- Ende September 2007 wurde darüber hinaus bekannt, dass Jürgen Rieger auch für den ehemaligen Bahnhof in Melle bei Osnabrück (Niedersachsen) einen Kaufvertrag unterzeichnet habe, um dort ein Schulungszentrum für NPD-Mitglieder und die „nationale Jugend“ einzurichten. Ende November 2007 gab Jürgen Rieger bekannt, dass er auf den Kauf des Bahnhofs verzichtet habe, da die von ihm geplante Nutzung nicht möglich sei.
- Eine im August 2007 bekannt gewordene Kaufabsicht hinsichtlich des Niedhotels in Rehlingen (Saarland) durch den NPD-Landesverband Saarland beschränkte sich letztlich auf eine Anmietung der Räumlichkeiten durch die NPD. Über gezielte Versuche von Rechtsextremisten, ausgediente Waffen und Ausrüstungsgegenstände der Polizei sowie der Bundeswehr zu erwerben, liegen der Bundesregierung keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse für das Jahr 2007 vor.